

Mittheilungen

über die Verhandlungen des Landtags.

N^o 145.

Dresden, am 15. Mai.

1837.

Neun und siebenzigste öffentliche Sitzung der
II. Kammer, am 5. Mai 1837.

(Fortsetzung.)

Berathung über das Einnahme = Budget. I. Nutzungen des
Staatsvermögens und der Staatsanstalten. B) Von den Re-
galien und den damit verbundenen Fabrikations- und Debits-
anstalten. 11) Etat der Posteinkünfte. 12) Etat der Zei-
tungs nutzungen.

(Schluß der Rede des Abg. Eisenstuck.) Es ist ein Irrthum,
wenn man geglaubt hat, daß im Nachbarstaate keine Beschrän-
kung eintritt. Die Stellwagen dürfen nicht Pferde wechseln,
z. B. sie müssen von Töplitz nach Prag ohne Pferdewechsel fahren.
Mehrere meiner Freunde, die auf Stellwagen gefahren sind, ha-
ben mich dringend gewarnt, dergleichen Fahren mich nicht hin-
zugeben. — Es wäre auch nichts Ergötzliches. Nun, das ist in
einem Nachbarstaate. Nach eines Umstandes muß ich erwäh-
nen. Wenn Sie die Geschichte der Eilposten erwägen, so sind
sie entstanden in neuerer Zeit; wären die Eilposten in Frankreich
und England zu der Zeit entstanden, als der Personentransport
freigegeben war, so könnte man sich auf ihr Beispiel beziehen.
Aber dies ist nicht der Fall. Die Eilposten, wie man sie jetzt in
Deutschland hat, hat man damals in England und Frankreich
nicht gehabt. Ich gehöre nicht zu denen, welche nicht wünschen,
daß Sachsen einmal mit etwas Neuem vorausgehe. Was diese
Einrichtung aber betrifft, da müßte ich doch meinen Patriotis-
mus zügeln und unversucht lassen, was wir erst durch Reformen
erlangen können. Mir gilt höher die Garantie, die durch
das Postwesen verschafft wird. Auch darin habe ich eine Erfah-
rung gemacht. Mit dem berühmten Oppositionswagen bin ich
gefahren. Schon vor 9 Jahren war es in England dahin ge-
dienen, daß man ein Gesetz geben mußte, daß Jeder, der ein
Fuhrwerk hatte, für alle Schäden und Kosten stehen sollte. Das
ging so weit, daß der Unternehmer beim Umwerfen Kurkosten,
Berpflegungs-gelder, Schadenrechnungen bezahlen mußte. Das
war das einzige Mittel, um einige Garantie für den Personen-
transport zu verschaffen. Nun muß ich in Erwägung geben,
ob es rathsam sei, sich auf solche Garantien einzulassen. Da
wenn es durch Cautionsstellung bewirkt werden könnte. — Aber
ich wünsche nicht, daß der Actien Freuden und Leiden auch auf
das Postwesen übergehen. Wenn ich bedenke, daß die ganzen
Einrichtungen, wie sie bestehen, abgeschafft werden sollen, so muß
ich bemerken, wie schwierig die Verträge, die wir mit
Nachbarstaaten haben, in Ausführung zu bringen sein würden.
Denn nun müßten auf der ersten Station die Personen im In-

teresse des Nachbarstaates fortgeschafft werden. Oft kommen
bloß ein oder zwei Passagiere zu dem Eilwagen. Soll der Ac-
tienunternehmer wegen dieser eine Fahrt von oft 10 Meilen unter-
nehmen? Soll eine solche Einrichtung getroffen werden, so ist es
besser, man striche sogleich das ganze Personentransportwesen mit
einem Striche weg. Glauben Sie, daß der Staat dann einen
großen Vortheil davon hätte? wenn ich annehme, welche Per-
sonengelder dann einkommen werden, und wenn ich dann die
Unterhaltungskosten berechne, so wird der Staat keinen großen
Nachtheil haben, wenn er den Actionairs die Freude des Per-
sonentransports überläßt. Das Publikum wird dabei leiden,
und man würde sehr oft in den Fall kommen, besonders, wo der
größte Verkehr stattfindet. Das Publikum ist dabei theilhaftig;
für den Gewinn von Thalern und Groschen wird der Verkehr
erschwert werden. Es ist schon vorher bemerkt worden, daß,
wenn 4 Personen Extrapost nehmen, sie eben so wohlfeil reisen,
als mit dem Lohnkutscher. Wenn ich bedenke, wie es sich er-
geben wird, wenn die neue Einrichtung gemacht werden sollte,
wenn der Staat in Concurrnz mit den Fuhrleuten und Actien-
unternehmern treten sollte, so kann ich daraus kein erfreuliches
Resultat ziehen. Es ist eine ganz ungleiche Concurrnz. Denn
nie werden Sie die Frachtfuhrleute verbindlich machen können,
Personen zu jeder Zeit und nach allen Richtungen hin fortzutrans-
portiren. — Sie können die Actiengesellschaften nicht verbindlich
machen, die Passagiere schnell weiter zu befördern. Es wird ge-
schehen, wie es den Herren gefällt. Wollen Sie den Personen-
transport ganz aufgeben, so wird das Publikum dadurch benach-
theiligt, die Sicherheit des Verkehrs gefährdet.

Abg. Roux: Der letzte Sprecher hat die Sache aus dem
wohlfahrtspolizeilichen Gesichtspuncte betrachtet. Er meint,
daß die Gründe, welche gegen das Deputations-Gutachten
vorzubringen seien, vorzüglich von der Polizei zu entlehnen wä-
ren, von der Sorge, die die Polizeigewalt für die allgemeine
Wohlfahrt tragen müsse. Das glaube ich nicht, ich glaube, mit
solchen Gründen ist hier nicht durchzukommen, da der Staat sich
so weit in den Privatverkehr nicht mengen soll. Er soll dem
Publikum überlassen, das Mittel zu wählen, wie es sein Fort-
kommen findet. Will Jemand schlecht fahren, so mag er schlecht
fahren, dem Staat kann das gleich sein, denn will er mit der
Staatspost besser und theurer fahren, so steht ihm ja auch dies
frei. Ich glaube, wir würden uns sonst abermals zu Etwas
hinneigen, was so oft gerügt worden ist, nämlich zu dem Sy-
stem des Zuvielregierens. Auf eine zu große Beschränkung der
Staatsbürgerfreiheit zu Gunsten der Staatskasse würde das
hinauslaufen, und es würde, was in dieser Kammer sehr oft